

1 PRÜFUNGSauftrag

Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 27. September 2010 der

**Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH,
Magdeburg,**

– nachfolgend auch kurz „MVB“ oder „Gesellschaft“ genannt –

wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 gewählt. Der Aufsichtsrat hat uns aufgrund dieses Beschlusses den Auftrag zur Durchführung einer Abschlussprüfung gemäß § 317 HGB für das Geschäftsjahr 2010 erteilt.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Bei der Erstellung des Prüfungsberichts haben wir die deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (Prüfungsstandard des Instituts der Wirtschaftsprüfer – IDW PS 450) beachtet.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, gelten die unter dem 30. November/7. Dezember 2010 getroffenen Vereinbarungen sowie ergänzend die als Anlage beigelegten „Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften“ in der Fassung vom 1. Januar 2002.

Dieser Prüfungsbericht wurde nur zur Dokumentation der durchgeführten Prüfung gegenüber der Gesellschaft und nicht für Zwecke Dritter erstellt, denen gegenüber wir entsprechend der im Regelungsbereich des § 323 HGB geltenden Rechtslage keine Haftung übernehmen.

2 GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN**2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Geschäftsführung**

Aus dem Jahresabschluss und dem Lagebericht der Geschäftsführung sowie den sonstigen geprüften Unterlagen heben wir folgende Aspekte hervor, die für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft von besonderer Bedeutung sind:

- Wiedererlangung Buslinienkonzessionen

Die Geschäftsführung hebt im Lagebericht hervor, dass die Wiedererlangung der im Jahr 2010 ausgelaufenen Buslinienkonzessionen als nennenswerter Erfolg zu bewerten ist.

Weiterhin wird im Lagebericht ausgeführt, dass es der MVB in einem wirtschaftlich angespannten Umfeld, geprägt durch weitere Abnahmen ÖPNV-gebundener Zuschüsse, gelungen ist, ein positives Jahresergebnis auszuweisen.

- Umsatzerlöse um 1,4 % gestiegen

Die Umsatzerlöse sind im Berichtsjahr um TEUR 448 auf TEUR 31.505 (Vorjahr: TEUR 31.057) gestiegen.

Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf die um TEUR 1.585 auf TEUR 23.156 gestiegenen Erlöse aus Verkehrsleistungen zurückzuführen, was insbesondere durch den höheren Absatz von Tagesfahrtausweisen und Einzelfahrkarten bedingt ist. Ursache hierfür sind das Nachwirken der Ende 2008 umgesetzten Tarif- und Vertriebsreform verbunden mit außergewöhnlichen Witterungsbedingungen im Jahr 2010.

Demgegenüber haben sich die Ausgleichszahlungen nach § 45a PBefG um TEUR 345 und die Erstattungen nach § 148 SGB IX um TEUR 485 vermindert. Ursachen für die gesunkenen Ausgleichszahlungen nach § 45a PBefG und die Erstattungsansprüche nach § 148 SGB IX sind die Verminderung der statistischen Ausnutzungsfaktoren bzw. Nutzeranteile.

- Betriebsergebnis beträgt TEUR 1.120

Die Erhöhung der Betriebsleistung um TEUR 258 ist im Wesentlichen durch die Erhöhung der Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 448 bedingt. Diese Erhöhung konnte die Abnahme der Anderen betrieblichen Erträge um TEUR 183 ausgleichen. Die Verminderung der Anderen betrieblichen Erträge ist im Wesentlichen durch die Reduzierung des Ausgleichsbetrags zur Durchführung des ÖPNV von der Stadt Magdeburg um TEUR -565 auf TEUR 17.150 bedingt. Die Ausgleichsbeträge der Stadt Magdeburg haben einen erheblichen Einfluss auf die Ertragslage der Gesellschaft. Demgegenüber haben sich die Erträge aus Schadensersatzleistungen erhöht, die jedoch entsprechend höhere Aufwendungen für Schadensregulierung ausgleichen.

Die Betriebsaufwendungen haben sich um TEUR 1.949 verringert. Dabei sind insbesondere die Materialaufwendungen um TEUR 1.912 zurückgegangen. In den Materialaufwendungen des Jahres 2009 sind mit TEUR 2.267 Zuführungen für Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung enthalten. Im Berichtsjahr war eine Zuführung für langfristige Instandhaltungsmaßnahmen aufgrund der Änderungen des BilMoG nicht mehr zulässig. Die Personalaufwendungen (nach Eliminierung neutraler Beträge) sind um TEUR 654 zurückgegangen, was hauptsächlich auf die Verringerung der Beschäftigtenzahl und eine Änderung des Ausweises von Aufzinsungsbeträgen bei langfristigen Personalrückstellungen aufgrund der Vorschriften des BilMoG zurückzuführen ist.

Das um TEUR 2.207 auf TEUR 1.120 gestiegene Betriebsergebnis ist somit im Wesentlichen auf die Zuführungen zur Rückstellung für unterlassene Instandhaltung im Vorjahr zurückzuführen. Darüber hinaus ist – abweichend zum Vorjahr aufgrund der Vorschriften des BilMoG – der Aufwand aus der Aufzinsung der langfristigen Personalrückstellungen in Höhe von insgesamt TEUR 425 nicht im Personalaufwand, sondern gesondert im Zinsaufwand enthalten.

- **Finanzergebnis beträgt TEUR -672**

Das Finanzergebnis hat sich um TEUR 420 verringert und beträgt im Berichtsjahr TEUR -672. Die Finanzerträge haben sich um TEUR 45 verringert, was insbesondere auf das gesunkene Zinsniveau im Berichtsjahr und die Tatsache zurückzuführen ist, dass die liquiden Mittel für Investitionen eingesetzt wurden und damit in geringerem Umfang Geldanlagen getätigt werden konnten. Die Finanzaufwendungen haben sich insbesondere durch den erstmaligen Ausweis von Aufzinsungsbeträgen bei langfristigen Rückstellungen aufgrund der Vorschriften des BilMoG in Höhe von TEUR 425 um TEUR 380 erhöht.

- **Neutrales Ergebnis beträgt im Geschäftsjahr 2010 TEUR 105 (Vorjahr: TEUR 1.864)**

Das Neutrale Ergebnis hat sich um TEUR 1.759 vermindert. Dabei sind die Neutralen Erträge um TEUR 2.006 auf TEUR 1.111 (Vorjahr: TEUR 3.117) und die Neutralen Aufwendungen um TEUR 247 auf TEUR 1.006 (Vorjahr: TEUR 1.253) gesunken. Die Verminderung der Neutralen Erträge resultiert im Wesentlichen aus um TEUR 1.872 verminderten Erträgen aus den US-Lease-Geschäften (TEUR 187; Vorjahr: TEUR 2.059), da durch die Beendigung eines Kontrakts im Vorjahr der bisher passivierte Barwertvorteil vollständig im Jahr 2009 als Ertrag realisiert werden konnte.

Die gesunkenen Neutralen Aufwendungen sind auf die Bildung einer Rückstellung für Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von TEUR 600 im Vorjahr zurückzuführen. Demgegenüber sind die Aufwendungen für Wertberichtigungen um TEUR 366 gestiegen, was insbesondere auf gestiegenen Wertberichtigungsbedarf auf Forderungen aus erhöhtem Beförderungsentgelt zurückzuführen ist.

- Jahresergebnis um TEUR 28 verbessert

Aus dem positiven Betriebsergebnis von TEUR 1.120, dem negativen Finanzergebnis von TEUR -672 und dem positivem Neutralen Ergebnis in Höhe von TEUR 105 ergibt sich ein positives Jahresergebnis von TEUR 553.

- Erhöhung der Bilanzsumme um TEUR 427

Die Erhöhung der Bilanzsumme ist auf der Aktivseite im Wesentlichen auf die stichtagsbedingte Erhöhung der liquiden Mittel (TEUR 2.520) zurückzuführen. Demgegenüber haben sich das Anlagevermögen um TEUR 504 und die Forderungen stichtagsbedingt um TEUR 1.653 vermindert. Bei der Entwicklung des Anlagevermögens ist zu berücksichtigen, dass sich das Sachanlagevermögen der Gesellschaft aufgrund der Investitionstätigkeit um TEUR 653 erhöht hat, wohingegen die Finanzanlagen um TEUR 1.337 gesunken sind. Der Rückgang der Finanzanlagen ist auf die mit der Erstanwendung des BilMoG erfolgten Saldierung der zur Insolvenzsicherung der Altersteilzeitanprüche dienenden Finanzanlagen mit den Rückstellungen zurückzuführen.

Auf der Passivseite resultiert die Erhöhung der Bilanzsumme insbesondere aus der Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (+TEUR 3.229), der eine Abnahme der Rückstellungen (-TEUR 3.070) gegenübersteht. Die gestiegenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind bei planmäßigen Darlehenstilgungen von TEUR 1.771 auf weitere Darlehensaufnahmen (TEUR 5.000) zurückzuführen. Der Rückgang der Rückstellungen betrifft im Wesentlichen die saldierungsbedingt gesunkenen Altersteilzeitrückstellungen (TEUR -2.773) sowie die Rückstellung für unterlassene Instandhaltung (TEUR -925).

- Sachanlageinvestitionen in Höhe von TEUR 16.230

Die von der MVB im Berichtsjahr durchgeführten Investitionen in Sachanlagen in Höhe von TEUR 16.230 betreffen im Wesentlichen mit TEUR 13.138 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau, insbesondere für die Anzahlung von elf Niederflurstraßenbahnen (TEUR 8.165). Für die Sachanlageinvestitionen des Jahres 2010 wurden der Gesellschaft Zuschüsse von insgesamt TEUR 9.190 gewährt. Der Anteil der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens am Aktivvermögen der MVB in 2010 beträgt 75,2 %.

- Eigenkapitalquote 60,6 % (Vorjahr: 60,8 %)

Die Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2010 ein Bilanzielles Eigenkapital von TEUR 64.035 aus, was einer Eigenkapitalquote von 60,6 % entspricht. Die geringfügige Verringerung der Eigenkapitalquote ist insbesondere auf die Erhöhung der Bilanzsumme aufgrund des um TEUR 404 gestiegenen Fremdkapitals zurückzuführen.

- Finanz- und Liquiditätslage

Die Geschäftsführung führt im Lagebericht aus, dass die Liquidität im Berichtsjahr jederzeit gegeben war. Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit in Höhe von TEUR 16.650 konnte vollständig aus dem Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit und der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert werden. Der übersteigende Betrag hat den Finanzmittelfonds um TEUR 2.520 erhöht.

Im Berichtsjahr wurden zur Finanzierung der Investitionen in Höhe von TEUR 16.816 neben den Investitionszuschüssen von TEUR 9.221 erhebliche Eigenmittel eingesetzt, die in Höhe von TEUR 5.000 durch Darlehensaufnahme finanziert wurden.

- Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Die Risiken der künftigen Entwicklung der MVB sieht die Geschäftsführung in den sich weiter verändernden Rahmenbedingungen für den ÖPNV, insbesondere sich verändernde rechtliche Rahmenbedingungen, Wettbewerb und die Reduzierung von Zuschüssen, und der daraus zusätzlich erwachsenen Notwendigkeit der Herstellung wettbewerbsfähiger Unternehmensstrukturen durch Restrukturierungsmaßnahmen.

Mit dem zum 1. Januar 2011 in Kraft getretenen ÖPNVG LSA wird als wesentliche Änderung künftig der Zuschuss für den Ausbildungsverkehr (bisher § 45a PBefG) auf Landesebene geregelt. Gemäß § 9 ÖPNVG LSA erhalten die Aufgabenträger bis 2013 pauschale Zuweisungen wodurch für diesen Zeitraum eine Planungssicherheit für die Gesellschaft gegeben ist.

Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen bei der Fördermittelbereitstellung für Investitionen wird der Eigenanteil der MVB für betriebliche Investitionen in der Zukunft steigen. Dadurch wird es nach Aussagen im Lagebericht zu einer erhöhten Darlehensaufnahme kommen, was sich durch die entstehenden Zinsaufwendungen negativ auf die Ertragslage auswirkt. Durch eine Verringerung der Fördermittelquote werden sich auch Ergebnisbelastungen durch höhere Abschreibungen ergeben.

Zur weiteren optimalen Erschließung des Verkehrsmarktes hat die Gesellschaft mit neun weiteren Verkehrsunternehmen zum 12. Dezember 2010 den Regionalverkehrsverbund „marego.“ eingeführt. Die Verbundeffekte bzw. der Verbunderfolg haben wesentlichen Einfluss auf die Ertragslage der Gesellschaft und gelten gleichzeitig als Chance, durch ein verbessertes Verkehrsangebot mittelfristig Potentiale zu erschließen.

- Prognose Jahresergebnis 2011

Die Geschäftsführung rechnet auch in 2011 mit einem positiven Jahresergebnis.

- Hohe Abhängigkeit von Zuschüssen der öffentlichen Hand

Die strukturell bedingt hohen Kosten zur Erfüllung der auferlegten Nahverkehrsaufgaben, die sich im Wesentlichen durch den Personalaufwand und die Aufwendungen für Infrastruktur (Fahrzeuge, Betriebshöfe, Streckennetz etc.) ergeben, sind aus Fahrgeldeinnahmen nicht zu erwirtschaften. Strukturbedingt würde die MVB als kommunales Verkehrsunternehmen ohne Zuschüsse der öffentlichen Hand dauerhaft Fehlbeträge erzielen. Dadurch unterliegt die Gesellschaft in besonderer Weise politischen Entscheidungen und Gesetzesänderungen. Der Fortbestand der MVB wird durch die mit der Stadt Magdeburg bestehende Betrauungsvereinbarung gesichert.

Zusammenfassend stellen wir gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB fest, dass wir die Lagebeurteilung der Geschäftsführung, insbesondere die Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit und die Beurteilung der künftigen Entwicklung des Unternehmens, wie sie im Jahresabschluss und im Lagebericht ihren Ausdruck gefunden haben, als realistisch ansehen.

Ergänzend verweisen wir zur Lagebeurteilung auf unsere Ausführungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses der Gesellschaft in Abschnitt 4.2 unseres Berichts sowie auf die Berichterstattung im nachfolgenden Abschnitt 2.2.